



Hauptstadt-Bulletin

Bundestag dankt mutigen Polizisten

Als rechtsextreme Demonstranten Ende August versuchten, in den Reichstag vorzudringen, schützten zuerst nur wenige Polizisten das Gebäude. Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble hat am Mittwoch den anwesenden mutigen Polizisten gedankt: „Gerade Polizisten sind Ziel von Übergriffen. [...] Die Polizei braucht unsere Unterstützung. Und sie verdient sie.“ Sämtliche Bundestagsabgeordneten, außer die AfD-Mitglieder, spendeten anschließend den couragierten Polizisten langen Applaus. „Für mich war das ein sehr bewegender Moment für einen Polizisten, der heute Politik macht“, sagte der ehemalige Bundespolizeidirektor Armin Schuster (CDU). Seit den Ausschreitungen, bei denen Rechtsextremisten mit Reichsflaggen die Absperrungen zum Gebäude durchbrochen und die Treppen gestürmt hatten, wird über neue Sicherheitsmaßnahmen für den Bundestag beraten. Unstreitig ist, dass sich Szenen wie diese nicht wiederholen dürfen.



(Quelle: © DBT/Henning Schacht)

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Ihr 

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Reaktionen in Politik und Medien nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria war vom gegenseitigen überbieten bei den Hilfsangeboten geprägt. Die Innenpolitiker der Unionsfraktion haben sich dem nicht angeschlossen. Weil wir wie in den letzten Jahre versprechen können, dass die Bundesregierung in Person von Kanzlerin und Innenminister auch dieses Mal nicht die Hände in den Schoß legen, sondern besonnen und konzentriert an einer Lösung arbeiten. In den vergangenen Jahren hat Deutschland die Verteilung von Bootsflüchtlings aus Malta in sechs europäische Aufnehmerländer organisiert und zwölf EU-Länder motiviert, die gemeinsam mit Deutschland 2000 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge aus Moria aufnehmen. Nicht zu vergessen die Hilfe der Bundesregierung durch das Technische Hilfswerk (THW), das Equipment im Wert von 1,6 Mio. Euro nach Athen gebracht hat.

Asylpolitik bleibt Sache des Bundes und wer will uns nach den letzten fünf Jahren Tatenlosigkeit vorwerfen? 1,8 Millionen Flüchtlinge wurden in dieser Zeit aufgenommen, noch heute jeden Monat ca. 10.000, auch aus Moria. Übrigens gibt es da noch eine griechische Regierung, die nicht unter Protektorat steht. Hilfsaktionen sind dort willkommen, es gibt seitens Athen aber auch den klaren Wunsch, nicht die falschen Signale zu senden. Weitere brennende Lager an der Außengrenze wären sonst die Folge.

KfZ-Steuer soll an Emissionen gebunden werden

Das Ziel der Reform des KfZ-Steuergesetzes ist es, die Nachfrage auf Fahrzeuge mit reduziertem Emissionspotenzial zu lenken und so die CO₂-Emissionen im Straßenverkehr zu senken. Das soll insbesondere durch zwei Maßnahmen erreicht werden: die Steuerbefreiung für E-Autos soll bis Ende 2025 verlängert werden. Das heißt: Autos, die ausschließlich elektrisch betrieben und bis zu diesem Zeitpunkt erstmals zugelassen werden, sind bis zum 31. Dezember 2030 von der Steuer befreit. Außerdem soll die Steuer in Höhe von 30 Euro im Jahr für Pkw mit einem CO₂-Ausstoß bis 95 Gramm pro Kilometer für fünf Jahre, längstens bis zum 31. Dezember 2025, nicht erhoben werden. Diese Regelung gilt für Autos, die zwischen dem Tag des Kabinettsbeschlusses (12. Juni 2020) und dem 31. Dezember 2024 erstmals zugelassen werden. Mit diesen Änderungen setzen wir die Maßnahmen „Förderung des Umstiegs auf elektromobile PKW“ und „Konsequent CO₂-bezogene Reform der Kfz-Steuer“ des Klimaschutzprogramms 2030 um. So bringen wir die umweltfreundliche Mobilität weiter voran.“



Milliardeninvestitionen in Krankenhäuser

Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig ein gutes und leistungsfähiges Gesundheitssystem ist. Um dieses auf die Zukunft vorzubereiten und Kliniken langfristig zu stärken, hat der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung über das sogenannte Zukunftsprogramm Krankenhäuser beraten, mit dem drei Milliarden Euro in die Modernisierung von Kliniken investiert werden sollen. Dabei geht es insbesondere um die Modernisierung der stationären Notfallkapazitäten, die Verbesserung der digitalen Infrastruktur oder die Förderung von Telemedizin und Robotik. Zu diesem Zwecke ist die Einrichtung eines Fonds vorgesehen, aus dem die nötigen Maßnahmen finanziert werden sollen; zusätzlich zu den drei Milliarden des Bundes sollen die Länder weitere 1,3 Milliarden Euro beisteuern. Im Gesetzespaket enthalten ist auch eine Verlängerung von Corona-Hilfen für Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige sowie für Familien, beispielsweise des Pflegeschutzschirmes.



Parlamentarischer Biosphärengebiet

Zum Ende der Sitzungswoche hat sich im Deutschen Bundestag auf Initiative der Abgeordneten Klaus-Peter Schulze, Michael Donth und Armin Schuster der „Parlamentarischer Biosphärenreservate“ gegründet. Der überfraktionelle Arbeitskreis will die große Bedeutung der Biosphärenreservate für Fragen des Klima-, Natur- und Artenschutzes hervorheben und zugleich den möglichen Beitrag dieser Schutzgebiete für die regionale Entwicklung aufzeigen. Alle Teilnehmer der konstituierenden Sitzung des Parlamentarischer Biosphärenreservate haben mindestens eines der 18 Biosphärenreservate in ihrem Wahlkreis. Sie machten damit in kleiner Runde vor, was sie sich deutschlandweit wünschen: Eine Vernetzung der Biosphärenreservate, um Ideen auszutauschen und Synergien zu schaffen.

#Corona-Update

Insolvenzrecht – Mehr Sicherheit in Krisenzeiten

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht als Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen beschlossen. Der vorgelegte Entwurf enthält eine Vielzahl von Erleichterungen für jene, die infolge der Pandemie aktuell nicht ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen können: Mieterinnen und Mieter von Wohn- und Gewerbeimmobilien werden vor Kündigungen geschützt. Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Kleinunternehmen erhalten einen Zahlungs- oder Leistungsaufschub bei bestimmten fortlaufenden Verpflichtungen. Dadurch soll insbesondere eine unterbrechungsfreie Versorgung mit Leistungen der Grundversorgung sichergestellt werden, wie zum Beispiel mit Strom und Telekommunikationsleistungen.

TERMINHINWEIS

Der jährlich in Adelhausen stattfindende Familiensonntag ist aufgrund der Corona-Lage leider, aber auch zu recht, abgesagt worden. So schade es ist, dass dieses traditionell schöne Treffen in diesem Jahr nicht stattfinden kann, so sehr können wir uns auf das nächste Jahr und einen noch schöneren Familiensonntag freuen.